Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 14. Donnerstag, den 17. Januar 1850.

Berlin, vom 16. Januar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Geheimen Regierungs-Rath Heidfeld zu Oppeln zum Ober-Regierungs-Rath und Dirigenten der Abtheilung des Innern bei der dortigen Regierung zu ernennen.

Der Rechts-Anwalt und Notar Harmuth zu Kalau ist auf seinen Antrag in der Eigenschaft als Rechts-Anwalt an das Kreisgericht zu Lübben, mit Anweisung seines Wohnorts daselbst und Beschränkung seiner Praxis auf den Lübbener Kreis und den dem Kreisgericht zu Lübben überwiesenen Theil des Kalauer Kreises, unter Beibehaltung des Notariats, versetzt, und die Versetzung des Rechts-Anwalts und Notars Spiegelthal zu Darkehmen an das Kreisgericht zu Siegen, mit Anweisung seines Wohnsitzes zu Laasphe, auf seinen Antrag zurückgenommen worden.

Bei der am 16. d. angefangenen Ziehung der 1sten Klasse 101ster Königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Thlr. auf No. 20,307; 2 Gewinne zu 500 Thlr. fielen auf No. 11,496 und 58,274; 3 Gewinne zu 200 Thlr. auf No. 24,276. 49,136 und 63,417; und 2 Gewinne zu 100 Thlr. auf No. 11,269 und 56,389.

Deutschland.

Stettin. Es ist ein grundfalscher Grundsatz, wenn man meint, man müsse nur, um ein befürchtetes Uebel zu vermeiden, schnell ein anderes, dessen Folgen man nicht berechnet, ergreifen; man müsse, um nur mit etwas zu Stande zu kommen, Manches sich gefallen lassen. Was auf dem Gebiete der Natur, „wo rohe Kräfte sinnlos walten", was bei der Hinnahme unsers Schicksals, das in höherer Hand liegt, wohl anwendbar ist, das läßt sich nicht auf eine Bahn leiten, wo vernünftige Potenzen walten sollen. Dennoch will man jenen Grundsatz in beider wichtigen Tagesfragen, der Minister-Krisis in Preußen und dem Erfurter Reichstage und dem auf demselben zur Vorlage kommenden Verfassungsentwurfe zur Geltung bringen, indem man auf der einen Seite räth: „Macht's kurz! auf der andern: Nehmt's an! das Uebrige wird sich finden." Die Zeit aber ist kein Heiland. Wir haben die Zeit nicht in der Hand; wir wissen nicht, welche Dinge kommen werden. Es ist nie rathsam, die Charybdis zu meiden, um in die Scylla zu fallen. Lieber Prometheus, als Epimetheus. Die Vernunft haben wir in Händen. Ob die Zeit drängt, schneller als sie ist der Gedanke. Und wir halten es mit dem Vorbedacht, weil Nachbedacht oft großes Leid bringt. Unser Rath ist: Man übereile nichts, man sehe sich wohl vor. Es ist Pflicht der Männer, welche an der Spitze des Staates stehen, in wahrer Selbstverleugnung allen Vorurtheilen und vorgefaßten Meinungen zu entsagen, nur die Sache ins Auge zu fassen, die Sache nimmermehr mit der Person zu verwechseln. Wenn die Minister, wenn die Kammern sehen, daß auf der einen oder andern Seite zu weit gegangen wird, so ist es beider Pflicht, einen Mittelweg zu suchen (und es giebt einen solchen richtigen, allseitig befriedigenden überall) und sich gegenseitig zu bequemen, soviel geschehen kann, um die Sache nicht zu verrathen. Die persönliche Ueberzeugung ist, wie die Erfahrung zeigt, nicht absolut die Wahrheit, bei andern Umständen ändert sich die Ansicht, muß sie sich ändern, muß der Vaterlandsliebe Raum geben. Die Minister haben sich zu fragen, ob denn von den gemachten Propositionen das Heil des Staates lediglich abhängt, ob nicht das Land mehr conservative Elemente enthalte, als in den vornehmen Häusern zu finden sein möchten, ob nicht der Staat auch auf etwas Anderem beruhe, als Kapital und Grundbesitz, ob nicht die Intelligenz, das Gewerbe, das Gut und Blut seiner Söhne, ihre Arme und Knochen, die sie für den Staat zu Felde tragen, das conservative Element enthalten und vor Allem eine durch Familie, Kirche und Schule gepflegte ehrenhafte sittliche und religiöse Gesinnung. Und die Kammern, indem auch sie Person und Sache wohl unterscheiden, und nicht selbstsüchtige Gelüste verfolgen, werden soviel Nachgiebigkeit zeigen müssen, als es das Wohl des Landes erfordert. Hier hilft aber nicht fürchten und übereilen, hier hilft nur Weisheit, Nachdenken. Preußen, Deutschland müßten arm sein an Genius, wenn sich nicht eine andre Maßregel finden ließe, als zufahrendes Annehmen, als eigensinniges Zurücktreten.

Berlin, 16. Januar. Die heutige (100.) Sitzung der ersten Kammer wurde um 12¼ Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung steht: 1) Antrag des Abgeordneten Freiherrn von Arnim, betreffend die mecklenburgische Verfassungs-Angelegenheit. 2) Nochmalige Abstimmnng über mehrere früher berathene Verbesserungs-Anträge. 3) Bericht der Commission über die vorläufige Verordnung vom 21. Juli 1840, die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens in den Bezirken des Appellationsgerichts zu Greifswald und des Justizsenats zu Ehrenbreitenstein betreffend. 4) Bericht der Gewerbe-Commission über die Verordnung vom 9ten Februar 1847, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung.

Der Antrag des Freiherrn v. Arnim:

> Die Kammer wolle beschließen: Das Verfahren der Staatsregierung in der mecklenburgischen Verfassungangelegenheit in ihrer Beziehung zum deutschen Bundesstaatsrecht zu ihrer Kenntniß und Berathung zu ziehen und zu dem Ende ihre Commission für die deutschen Angelegenheiten zu beauftragen, unter Einsicht der betreffenden Actenstücke die bezeichnete Angelegenheit zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, sowie die geeigneten Anträge zu stellen,

findet ausreichende Unterstützung und wird an die Commision für die deutschen Angelegenheiten verwiesen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, die nochmalige Abstimmung über den Antrag des Abg. Kupfer zu dem Bericht der Commision zur Untersuchung des Nothstandes der Spinner und Weber in Schlesien 2c., welcher der Uebergang zur Tagesordnung über mehrere Anträge der Commission enthält, veranlaßt eine neue Debatte, an der sich auch der Herr Handelsminister betheiligt. Er erklärt sich für den Kupfer'schen Antrag und gegen den des Abg. Diergardt, welcher der Regierung empfiehlt, Commissionen zur Untersuchung der gegenwärtigen Lage der Spinner und Weber einzusetzen und in Erwägung zu ziehen, ob der Eingangszoll von rohem Maschinen- und Handgarn zu erhöhen sei, und andere geeignete Maßregeln der Zollgesetzgebung vorzuschlagen. Der Herr Minister bemerkt u. A., die Kammer könne doch der Regierung nicht vorschreiben, auf welche Weise sie sich informiren solle. (Unruhe. Glocke.) In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Kupfersche Antrag mit 67 gegen 74 Stimmen verworfen und der Antrag des Abg. Diergardt mit großer Mehrheit angenommen.

Ein zweiter Antrag des Abg. Carl zu demselben Bericht wird wiederholt angenommen und zum folgenden Gegenstande der Tagesordnung geschritten.

Berlin, 16. Januar. Die zweite Kammer beschäftigt sich in ihrer heutigen (85sten) Sitzung mit dem Gesetzentwurf über die auf Mühlengrundstücken haftenden Reallasten.

Es entwickelt sich darüber eine lebhafte Debatte, an der sich mehrere Redner betheiligen, die theils die Gewerbefreiheit für die Ursache der schlimmen Lage halten, in welche die Müller gerathen sind. Der Regierungs-Commissar erklärt, die Regierung erkenne an, daß die Einführung der Gewerbefreiheit den Müllern Nachtheile gebracht habe. Die Regierung erkenne nicht an, daß sie verpflichtet sei, für die aus der neuen Gesetzgebung entspringenden Nachtheile den Müllern Entschädigung zu geben, noch weniger, als die Berechtigten verpflichtet sind, die Müller schadlos zu halten. Die Regierung habe die Mühlenabgaben zur Ablösung bringen wollen, um dadurch die Calamität der Müller zu erleichtern.

Berlin, 16. Januar. Die von der Geschäftsordnung den Kammern vorgeschriebene dreitägige Waffenruhe, von der Vertheilung des Commissionsberichtes bis zu der Berathung, drängt die Debatte über die Regierungs-Propositionen vom 7ten bis zur nächsten Woche hinaus. Wir haben auseinander gesetzt, wie die Commission der zweiten Kammer, in der Würde der Volksvertretung begründet, für die beantragte Pairie nicht das gewünschte entscheidende Votum der Wahlkammer in Finanzsachen zu fordern und zu bedingen, sondern das erstere so lange abzulehnen habe, bis das zweite angeboten wird. Das Ministerium, welches wohl weiß, wie die Sache in der Kammer steht, ist aber vollkommen zugeknöpft in Allem, was Art. 108 (alten Styls) berührt. Wie man in diesem Punkte als politischer Beobachter auf bloße „Conjecturalpolitik" angewiesen ist, so bleibt auch andauernd das Räthsel der großbrüstigen Sphinx unbeantwortet. Werden die Minister abtreten, wenn die Kammer der Abgeordneten (denn bei unseren provisorischen Pairs, welche am 26. Februar verfallen, dürften die dortigen Commissions-Anträge ziemliche Chancen haben) die Propositionen über Pairie, Staatsgerichtshof u. s. w. verwirft, oder wird das nur geschehen, wenn in Folge einer solchen Ablehnung die Beeidigung auf die Verfassung nicht durchzusetzen ist. Statt der Lösung des Oedipos erhalten wir, auch in der Commission der zweiten Kammer, dieses Mal aus dem Munde des Herrn v. Manteuffel, den delphischen Orakelspruch: Wir machen keine Cabinetsfrage aus den Propositionen, es ist eine solche. — Es bleibt nun die Frage, ob die erste Kammer die Vermittlerrolle übernehmen wird. In der Natur ihrer Aufgabe, als pouvoir modérateur, wäre es wohl begründet; wenn aber die Regierung, wenn die zweite Kammer ferner so „prüde" sind, so müßten die Beschlüsse der Vermittlerin ganz besonders umsichtsvoll sein, um die „Vernunftheirath" zu Stande zu brin-

gen. Werden die v. Itzenplitzschen Anträge in der 1. Kammer bedeutend herabgestimmt, die Camphausenschen wieder in integrum restituirt, so dürfte das Gemüth manches Volksvertreters sich erweichen ..., vorausgesetzt, daß die Regierung dann nicht ihrerseits allzu spröde ist.

Die bedeutenden Mehrheiten für die wichtigsten Beschlüsse der Verfassungs-Commission der zweiten Kammer beweisen, daß nicht nur die beiden konstitutionellen Fraktionen (Mielentz und Stadt London), welche die Majorität der Versammlung bilden, im Prinzipe übereinstimmen, sondern daß diese Ansicht auch bis weit zur rechten Seite hin Unterstützung findet. Die eben erst beendigte Weihnachts- und Neujahrs-Vakanz hat viele Deputirte wieder in unmittelbaren Verkehr mit ihren Wahlkreisen gebracht, und sie haben die Ueberzeugung mit nach Berlin zurück genommen, daß selbst nach der Ansicht der Conservativ-Constitutionellen die Linie bereits erreicht worden sei, wo die Nachgiebigkeit ihre vorgezeichnete Grenze in der Würde und Selbstachtung der Kammern findet. Der Weihnachtsbaum hat manches politische Zwitterlicht in konstitutionelle Klarheit umgewandelt. (C.Z.)

— (Die Pairskammer.) Eine Zusammensetzung der ersten Kammer, wie sie von den Regierungs-Vorschlägen vorgezeichnet wird, kann, wenn wir richtig sehen, nicht einmal im Interesse der Aristokratie liegen. Die richtige Politik unseres höheren Adels, eine wahrhaft konservative Politik für seine Interessen müßte ihn vielmehr dahin bringen, seiner vornehmen Abgeschlossenheit zu entsagen und in die Interessen der andern Stände mit einzugreifen, sich in dieselben hineinzuleben. Diese von Alters her ererbte Politik ist es, die der englischen Pairie Einfluß und Stellung erhalten und unbeneidet überlassen hat. Die englische Pairie bleibt durch ihre Seitenverwandten im innigsten Zusammenhang mit dem höhern Bürgerstande und mit allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, sie treibt Wurzeln in alle Sphären des Volkslebens, sie betheiligt sich mit ihrem Vermögen bei allen industriellen und Handelsunternehmungen. So steht sie mitten in den gesammten Interessen des Staats, ist für sie alle zugänglich, mit allen verwachsen, bei allen interessirt. Darum ist ihre politische Stellung unangefochten. Bei uns ist das Gegentheil der Fall. Unser Adel hält die stolze Zurückgezogenheit von den anderen Schichten der Bevölkerung fest. Seine Söhne suchen die höheren Chargen des privilegirten Staatsdienstes, der dem Volke immer fremdartig gegenüberstehen bleibt. Die Erben des Grundbesitzes sind bloß bei dem einen der großen Staatsinteressen, bei dem Ackerbau und den verwandten Industriezweigen betheiligt, in die andern greifen sie nur wenig ein. Aber von hier aus läßt sich nicht mehr das ganze Staatsleben mit seinen heutigen Forderungen umfassen, die Anschauung, die in jene Lebenskreise gewonnen wird, ist heute nicht mehr die durchgreifende. So wenig wie es sich rechtfertigen ließe, ein so wichtiges Element wie das des großen Grundbesitzes und der mit ihm zusammenhängenden Aristokratie unvertreten zu lassen, so wenig läßt es sich rechtfertigen, in die Hand der Aristokratie und des großen Grundbesitzes die Macht zu legen, von seiner Auffassung aus jede Anstrengung der anderen Staatsinteressen, sich in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen, zu vereiteln. Es kann die Gesammtheit der Staatsinteressen sich nicht demjenigen unterordnen, das heute nicht mehr wie sonst das einzige ist, das vielmehr in einen größeren Zusammenhang treten muß. Dies zu verlangen, wäre die unglücklichste Politik der Aristokratie. Alle Vorwürfe gehemmten Fortschrittes, alle Klagen über mangelhafte Gesetzgebung, über die Stockung der Lebensthätigkeit, würde sich auf die Pairskammer werfen, die noch unausgeglichene Eifersucht zwischen den Ständen würde sich zum lodernden Haß entzünden, vielleicht sähe sich die Aristokratie zu ganz andern Concessionen dann gezwungen. Und sie, die jetzt den Thron zu schirmen glaubt, sie würde weder sich, noch den Thron schützen können. Wir legen es der Aristokratie und dem großen Grundbesitz, die doch in andern Staaten sich durch eine weiterschauende Politik auszugleichen pflegten, dringend ans Herz, nicht einen scheinbaren Sieg zu suchen, der in nicht ferner Zukunft eine um so furchtbarere Niederlage herbeiführen muß. Hier gilt es buchstäblich: „Noch einen solchen Sieg und wir sind verloren." (P.-C.)

— Dem Gesetzentwurf wegen Einverleibung der Hohenzollernschen Fürstenthümer in das Gebiet der preußischen Monarchie ist Seitens des Staatsministeriums eine Denkschrift beigegeben worden, die den Zweck hat, die Uebernahme der Regierung jener Länder zu rechtfertigen und den Abtretungsvertrag zu erläutern. Der Vertrag selbst, preußischer Seits durch den wirklichen Geh. Ober-Regierungs-Rath v. Raumer, den Geh. Legationsrath v. Bülow und den Geh. Finanzrath Stünzner, Seitens der Fürsten durch den Hohenzoller-Hechingschen Geh. Hof- und Finanzrath Baron Billing unterm 7. Dezember v. J. abgeschlossen, besteht aus 17 Artikel, deren wesentlichsten Stipulationen in Fixirung einer Jahresrente von 10,000 Thlr. für den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und von 25,000 Thlr. für den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, so wie in der Uebernahme aller Verbindlichkeiten, welche die Fürsten gegen ihre „Hof-, Civil- und Militair-Dienerschaft" an Gehalten, Pensionen und jährlichen Gratialien nach Maßgabe dreier dem Vertrage annectirter Etats bestehen. Die Jahresrenten, welche auf die allgemeine preußische Staatskasse eben so wie die Gehälter, Pensionen 2c. übernommen sind, vererben sich rücksichtlich des Fürsten von H.-Hechingen nur zur Hälfte auf dessen eventuellen successionsfähigen Erben, rücksichtlich des Fürsten von Sigmaringen hingegen ganz auf den jedesmaligen Chef des fürstlichen Hauses. Ueberdies ist im Art. 12 stipulirt: „Die beiden Hohenzollernschen Fürstenhäuser behalten, die Abtretung Ihrer Fürstenthümer ungeachtet, innerhalb des preußischen Staats Ihren bisherigen Rang und die damit verbundenen Vorzüge; auch soll Ihnen und insbesondere Ihren jedesmaligen hohen Chefs, im Falle Ihrer etwanigen Niederlassung im preußischen Staate, eine Ihren verwandtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen zum Königl. preuß. Hause entsprechende bevorzugte Stellung vor allen andern nicht zum Königlichen Hause gehörigen Unterthanen Sr. Königl. Majestät gewährt werden." In Art. 15 wird das eventuelle Erbrecht des fürstlichen Hauses im Falle des Erlöschens des Mannsstammes des Königl. preuß. Hauses, Ansprüche, die sich auf Erbverträge von 1695 und 1707 stützen, ausdrücklich gewahrt. In der Denkschrift wird übrigens erläutert, daß diese Ansprüche nicht etwa eine Succession in die Königl. preuß. Landestheile zum Gegenstande haben, daß dieselben sich vielmehr nur auf einige nicht mehr im Besitz der Krone Preußen befindliche kleine Gebiete — die Grafschaft Geyer in Franken und die lehnbaren Theile der Grafschaft Limburg ebendaselbst — beziehen. Nach den Durchschnitts-Ermittelungen, welche die preußische Regierung in Betreff der Einnahme der so erworbenen Gebiete angestellt hat, beliefen sich: Erträge aus den Regalien incl. der Zoll- und Salzgefälle nach Abzug der Erhebungskosten, 1) in Hechingen pro anno 58,278 Fl. 6 Kr., davon ab die Ausgaben an Gehälter, Pensionen 50,323 Fl. 2 Kr., so daß der preußischen Staatskasse 7,955 Fl. 4 Kr. oder circa 4546 Thlr. baar zufließen würden; 2) in Sigmaringen 92,035 Fl., davon ab Pensionen, Gehälter, Büreaubedürfnisse 2c. 52,020 Fl. 18 Kr., also ein Netto-Ueberschuß von circa 22,866 Thlr. oder 40,015 Fl. 18 Kr. Den höheren Betrag der fürstlichen Renten hofft man nach der Denkschrift durch Ersparungen in der Verwaltung u. dgl. m. einzubringen. Uebrigens findet eine ständische Controlle der Einkünfte und Ausgaben nicht statt. Die mit übernommenen Landesschulden betragen in Sigmaringen 274,080 Fl., in Hechingen 175,400 Fl.

— Der in unsrer gestrigen Zeitung (vom 16. Januar) als Vorsitzender einer demokratischen Versammlung genannte Professor Krüger ist nicht mehr aktiver Professor am Joachimsthalschen Gymnasio, sondern seit Ostern 1838 pensionirt.

— Dem Vernehmen nach ist die Errichtung einer neuen Central-Eisenbahn-Polizei nunmehr in kurzer Zeit zu erwarten. An die Spitze derselben dürfte der ehemalige Polizei-Direktor Herr Duncker gestellt werden. Es sollen demselben dieserhalb bereits sehr annehmbare Offerten gemacht und nur noch gewisse persönliche Beziehungen zu ordnen sein. Man sieht Herrn Duncker jetzt häufig im Publikum sich umher bewegen. Von seinem Fußübel scheint er völlig wieder hergestellt.

— Unter dem Druck der gegenwärtigen Zeitverhältnisse haben die Wuchergeschäfte hier seit einiger Zeit dermaßen überhand genommen, daß die Aufmerksamkeit der Behörden dadurch bereits lebhaft erregt ward. Es ist bezeichnend, daß sogar nicht wenig Personen, die auf höhere Bildung Anspruch machen, sich gegenwärtig solchen Geschäften zuneigen und dadurch allerdings einen sehr einträglichen Nahrungszweig verfolgen. Diese Wahrnehmung hat den schon früher von einer gewissen national-ökonomischen Schule lebhaft verfochtenen Satz in Anregung gebracht, daß alle Zinsbeschränkungen vom Uebel und darum aufzuheben seien.

Berlin. Wie wir vernehmen, soll, von dem Bundesschiedsgericht in Erfurt ausgearbeitet, hier der Entwurf über die Einrichtung des künftigen Reichsgerichts angelangt sein. Zusammengesetzt ist dieses Gericht aus 1 Präsidenten und 12 Reichsrichtern. Den Präsidenten ernennt der Reichs-Vorstand, 6 von den Richtern das Fürsten-Kollegium, je 3 das Staatenhaus und das Volkshaus. In Fällen des Hoch- und Landesverraths gegen das Reich entscheidet ein Gerichtshof, der aus dem Reichsgerichte periodisch hervorgeht und ein damit verbundenes Schwurgericht in öffentlicher und mündlicher Verhandlung. (D. Ref.)

Königsberg, 13. Januar. In Folge mehrerer Anregungen in öffentlichen Blättern ist von der Polizeibehörde ermittelt worden, daß ein 3 Jahr altes Kind des Lehrers an der Löbenichtschen höheren Bürgerschule, Dr. Albrecht, noch nicht getauft worden ist, und das Polizei-Präsidium hat demnächst Gelegenheit genommen, den Geistlichen der Gemeinde, zu der der Vater des Kindes gehört, Herrn Detroit, in Gemäßheit des Anhanges zum Allg. Landrecht §. 131 und des bekannten Reskripts vom 23. Februar 1802 aufzufordern, zuvor den Versuch zu machen, durch Belehrung und Ermahnung den Lehrer zur Taufe seines Kindes anzuhalten, um, wenn dieser Versuch erfolglos bleiben sollte, durch das Königl. Stadtgericht die Zwangstaufe herbeiführen zu können. Indeß soll der betreffende Geistliche, mit Ignorirung jener gesetzlichen Vorschriften, sich dieser Amtshandlung geweigert haben, weil er sich hierzu nicht verpflichtet halte und der Fall liegt nunmehr dem Königl. Konsistorium zur weitern Entscheidung vor. (D.R.)

Breslau, 14. Januar. Die hiesigen Spezerei-Kaufleute, welche Verkaufslokale haben, sind zu einem „kaufmännischen Verein" zusammengetreten, um sich gegenseitig näher kennen zu lernen, durch gegenseitige Berathung, Hilfe und Belehrung vortheilhaft auf einander einzuwirken, um die Gleichmäßigkeit der Preise beim Verkauf der Detailwaaren zu erzielen, um auf die moralische wie auf Geschäftsbildung der Lehrlinge ein größeres Augenmerk zu richten, um endlich, zumal im Winter, eine zeitigere Schließung ihrer Läden zu bewirken. Es steht zu hoffen, daß die Theilnahme an diesem Verein, der nur lobenswerthe Tendenzen hat, eine sehr lebhafte sein werde. (Schl. Ztg.)

— In Sarne bei Rawicz haben die Stadtverordneten den jüdischen Kaufmann Ephraim einstimmig zum Bürgermeister erwählt.

Liegnitz, 12. Januar. Es ist wieder stark davon die Rede, daß in Kurzem ein Garnisonwechsel hier stattfinden werde. Das 5. Linien-Regiment, dessen 1tes Bataillon seit dem 31. Oktbr. 1848 in unserer Stadt weilt und vom Monat Juni v. J. ab die hiesige Garnison bildet, soll nämlich Gerüchten zufolge mobil gemacht werden. In diesem Falle würde dann ein anderer Truppentheil sein Standquartier hier nehmen. Man hat schon früher davon gesprochen, daß im Fall eines Garnisonwechsels ein Bataillon des 10. Infanterie-Regiments hier stationirt werden solle. (Schl. Z.)

Halberstadt, 12. Januar. Da über die hiesige freie Gemeinde jetzt viel gesprochen wird, citire ich Ihnen aus einer Druckschrift: „Der Congreß der Abgeordneten freier Gemeinden zu Halberstadt am 3. und 4. Oktober 1849", wörtlich folgende Stellen:

„Schünemann — Sprecher der hiesigen freien Gemeinde — wies mit klaren Worten nach, wie unsittlich der Eid sei. Die Formel könne der sittlichen Bildung und dem höheren oder niederen Selbstbewußtsein des Einzelnen nicht anbequemt werden. Die Betheuerung soll doch bei dem, was uns am heiligsten ist, geschehen. Nun ist aber gerade das, was der Staat in der Eides-Formel als das Heiligste aufstellt, uns unheilig und unwahr. Dennoch verlangt der Staat eine solche Betheuerung und zwingt uns sogar dazu. In solchem Falle ist die Betheuerung kein Eid mehr, sondern nur ein aufgenöthigter Lippendienst." ....

„Rasche — ein neueres Mitglied des Congresses — bezeichnete den Eid in einer unpassenden Formel als einen falschen und mit Lüge gleichbedeutend."

„Wislicenus — aus Halle — entwickelte die Unsittlichkeit des Eides etwa folgendermaßen: in der auszusprechenden Formel: „So wahr mir Gott helfe!" liegt eigentlich ein geistiger Terrorismus 2c. .... Durch die Eidesleistung wird also auf Hoffnung und auf Furcht des Schwörenden speculirt; er wird eingeschüchtert und hierin liegt die größte Unsittlichkeit." ....

„Schon jetzt ist der alte Eid in seinem Ansehn minirt und illusorisch. Im Christenthum glaubt man im Ganzen noch an die Wahrheit desselben; man glaubt wahr zu schwören. Wir müssen dahin arbeiten, unsern Mitmenschen zu zeigen, daß dies nicht wahr ist, sondern daß die meisten Eide eigentliche Meineide sind, ohne daß es bekannt wird." ....

„Sobald der Staat zur Eidesleistung nöthigt, ist es nicht nur ein Zwang, sondern auch ein Angriff auf die innerste Selbstständigkeit des Menschen, an welche von außen her Niemand irgend ein Recht hat. Der Staat spielt dann mit Einzelnen nur Komödie."

Uebrigens sind die Verhandlungen der hiesigen freien Gemeinde sonntäglich von Hunderten besucht, die evangelischen Geistlichen aber sehen diesem Treiben bei leeren Kirchen gelassen zu, und es ist charakteristisch für unsere Zeit, daß unter solchen Umständen die beiden Domprediger, ehrwürdige Greise von 79 und 80 Jahren, für welche schon vor drei Jahren, wegen ihrer großen Schwachheit und Gebrechlichkeit, durch Zuschuß und Staatskosten ein Hülfsprediger ermöglicht wurde, jetzt, wo sie sich kaum auf den Füßen aufrecht erhalten können, diesen Gehülfen verlieren sollen, weil jener Zuschuß wegfällt. (N. P. Z.)

Dresden, 14. Januar. Durch verschiedene Blätter läuft das Gerücht, daß Bakunin, Heubner und Röckel in erster Instanz zum Tode vertheilt seien. Aus sicherer Quelle können wir jedoch die Mittheilung machen, daß ein derartiges Erkenntniß bei dem betreffenden Gerichte noch gar nicht eingegangen, geschweige denn publizirt worden ist. Daß das erst in den nächsten Wochen zu erwartende Erkenntniß möglicherweise so ausfallen könne, soll damit nicht bezweifelt werden. (D. Z.)

Rudolstadt, 10. Januar. Es verbreitet sich das Gerücht, daß die Regierung demnächst unser Militair dem preußischen einverleiben wolle und deshalb bereits in Unterhandlung mit dem preußischen Gouvernement getreten sei. (D.-P.-A.-Z.)

Würzburg, 11. Januar. Das Kommando der Stadtwehr veröffentlicht einen Regierungserlaß, demzufolge die Stadtwehr aufgelöst wird, weil man ihre Gewehre für die Armee brauche. Zugleich giebt sich die Königl. Regierung der beruhigenden Hoffnung hin, daß ähnliche Anlässe, wie diejenigen, welche dieses Institut hervorgerufen, zunächst nicht wieder zu besorgen stehen. Mehre Tage, ehe die Auflösung von Seiten der Regierung bekannt wurde, hatten einige Führer (Beamte) die Stadtwehr zur freiwilligen Auflösung zu bewegen gesucht.

Stuttgart, 11. Januar. Der Umschlag der öffentlichen Meinung in Würtemberg hinsichtlich der deutschen Frage scheint vollständig werden zu wollen; die öffentlichen Erklärungen zu Gunsten des Bundesstaates und des Erfurter Parlaments mehren sich von Tag zu Tag. In einer mit 111 Unterschriften bedeckten Ansprache, die gestern in mehreren hiesigen Blättern zu lesen war, wird in dem Anschluß an das Drei-Königs-Bündniß das einzige Heil Würtembergs und Deutschlands erkannt. Die Krone selbst aber und die Regierung sind dem Bunde noch eben so entschieden abgewendet, wie ehedem. (D.-P.-A.-Z.)

Von der Enz. Die Nachricht, daß die preußische Regierung die Auslieferung des vormaligen Reichstags-Abgeordneten Rösler von Oels verlangt habe, hat sich vollkommen bestätigt. Derselbe wurde auf den 27sten v. M. vor das Untersuchungsgericht zu Hohenasperg vorgeladen, und ihm daselbst das Erkenntniß des K. Gerichtshofes für den Neckarkreis eröffnet, nach welchem er von der gegen ihn geführten Anklage freigesprochen worden ist, zugleich aber auch ihm weiter bemerkt, daß die preußische Regierung seine Auslieferung verlange. Er protestirte gegen diese, und daher blieb Nichts übrig, als ihn aufs neue in sein altes Quartier zu versetzen, bis das Königliche Obertribunal in dieser Sache entschieden haben wird. (Ulm. Chr.)

Heidelberg, 10. Januar. In der Nacht von gestern auf heute starb unerwartet schnell an den Folgen eines Blutsturzes einer unserer juristischen Celebritäten, der ordentliche Professor Dr. Karl Eduard Morstadt. Unsere Universität erlitt durch diesen Todesfall einen schwer zu ersetzenden Verlust.

Freiburg, 11. Januar In Folge großherzoglichen Kriegsministerial-Reskripts ist wiederum eine Anzahl Gefangener aus den Kasematten in Rastatt entlassen worden. Einundzwanzig von ihnen trafen heute unter Militair-Eskorte hier ein, um der Bestimmung gemäß nach Bregenz transportirt zu werden, wo sie ihre Laufpäße ausgehändigt erhalten. Es befanden sich darunter 17 aus Ungarn, 3 aus Italien und 1 aus Böhmen, welche sämmtlich in der Absicht nach Baden gekommen waren, sich an der Revolution zu betheiligen. (N. Freib. Z.)

Konstanz, 5. Januar. Buchhändler Meck ist seit einigen Tagen durch den preußischen Stadtkommandanten in strenge Haft gebracht worden. Ein Soldat hatte bei ihm ein Büchlein gekauft, „Sybillinische Weissagungen" betitelt, und hatte in diesem Werkchen eine Stelle gefunden, in welcher verkündigt steht: „daß im Jahre 1850 allenthalben Republiken entstehen würden." Dem Vernehmen nach ist an den Generalstab nach Donaueschingen berichtet, um zu erfragen: „ob der Verhaftete vor ein Kriegsgericht zu stellen oder vor dem bürgerlichen Gerichte abzuurtheilen sei." (Elbf. Z.)

Oesterreich.

Wien, 12. Januar. Der Kaiser machte gestern dem Erzherzog Johann einen Besuch. Da der Prinz vom Fenster seiner Wohnung den Kaiser kommen sah, eilte er ihm auf der Stiege entgegen. Die Begrüßung war sehr herzlich; sie verfügten sich sodann in die Hofburg. — Der Kaiser war nur von einem einzigen Adjutanten begleitet.

— Die „Narodni Noviny" meldet, daß Ban Jellacic so lange in Wien verweilen werde, bis die Organisation der ihm unterstehenden südslavischen Provinzen vollendet und bestätigt sein wird. Den Angelegenheiten der Militairgränze widme derselbe ebenfalls große Sorgfalt. Die Korrespondenz des Banalrathes mit dem Central-Ministerium werde in der Landessprache geführt, und hofft die „Narodni Noviny", daß das Ministerium bald ebenfalls auch in der czechischen Sprache mit den böhmischen Regierungs-Behörden korrespondiren werde.

— Dem „Magyar Hirlap" wird aus dem zalader Komitat geschrieben: „Deak, der selbst während der verlockendsten Momente der revolutionairen Bewegung unerschütterlich treu geblieben, verlebt seine Tage zu Kehida, zurückgezogen zwar, aber doch zeigen den ehrlichen Menschen mit magyarischer Gastfreundschaft aufnehmend. Am Kamine sitzend, vermeidet er, seine Gäste mit politischen Gesprächen zu unterhalten; er macht seinen Gästen die Stunde, die so glücklich waren, mit dem großen Deak zu verbringen, durch heitere Anekdoten erinnerungswerth."

— Der Bresl. Z. schreibt man: Aus Siebenbürgen und der Woiwodina stets frische Klagen; die Gemüther wollen sich nicht beruhigen, Sachsen, Romanen, Magyaren und Serben sind mißvergnügt und der Wohlstand sinkt von Tag zu Tag. In Schäßburg, wo seit Jahrhunderten die Leinwandmanufaktur blüht und jährlich 60,000 Stück Leinwand, a 10 Fl. im Werth, erzeugt wurden, liegt jetzt Alles darnieder und viele Hände sind ohne Arbeit, denn durch die Oeffnung der Grenze strömt aus der Wallachei englische Maschinen-Leinwand ins Land, die um die Hälfte billiger ist und auf dem letzten Markt in Bistritz waren 17 Juden mit englischer Waare erschienen, so daß die sächsische Leinwand unverkauft blieb.

Wien, 13. Januar. Nach einer in Pesth vorgenommenen Zählung der Hunde hat sich herausgestellt, daß es dort nicht weniger als zwanzigtausend Hunde giebt.

Aus Syrmien, 1. Januar. Aus der Wojwodina vernehmen wir immer steigende Unzufriedenheit. Es gährt im Volke, bald gilt es diesem, bald jenem Beamten. Man spricht, daß ein Stuhlrichter vom Volke erschlagen worden sei. General Mayerhofer hat keine Sympathien. Bereits wurden einige Advokaten in Ruma verhaftet. In Semlin soll die Fahne des Cnezen Lazar aufgepflanzt sein. (O.-D. P.)

Belgrad, 1. Januar. Kaum 500 Polen stehen jetzt unter dem Befehle des Obersten Zikowski in Schumla wohlversorgt in Allem und exerziren fleißig. Die Magyaren spielen alle den Kavalier, sie waren ja auch in der Heimath der Disziplin geschworene Feinde. Die Russen in der Moldau und Wallachei halten sich schlagfertig, gerade als ob es schon im Frühjahr losgehen sollte. (Wand.)

Frankreich.

Paris, 12. Januar. Ueber den Marschall Bonaparte sagt die „Opinion publique": „Da der Ex-König nun geruht, Marschall zu werden, so wird er es künftig nicht mehr unter seiner Würde halten, den Beerdigungen der Marschälle beizuwohnen." Ein konservatives Blatt von der Orleanistischen Farbe erzählt, w s ein alter Diplomat darüber gesagt haben soll: „Wir haben jetzt das Kaiserthum nicht mehr zu furchten." „Und warum?" fragte man, „weil unter dem Kaiserthum die Soldaten und Marschälle Könige wurden, und unter der jetzigen Regierung die Könige Marschälle werden."

— Fast sämmtliche Journale stoßen heute heftiger als je in die Alarmtrompete, um dem ruhigen, sorglosen Paris einen nahen Staatsstreich anzukündigen, und diesmal sind es nicht nur die Organe der Opposition, sondern auch und noch in viel höherem Grade die Organe der Majorität der National-Versammlung. Bald heißt es, daß eine Armee von 20,000 Beamten, Nationalgardisten und Arbeitern von Paris zur Unterstützung eines Aufstandes gegen die National-Versammlung gewonnen ist; bald wird versichert, daß der General Magnan, bekannt durch die Energie, mit der er am 15. Juni die Erhebung von Lyon niedergedrückt hat, eine Truppenmasse gegen das Palais Bourbon führen soll, um die Volksvertreter auseinanderzutreiben; bald beschränkt man sich darauf, in dem von der Regierung ausgegangenen Gesetzentwurf zur Erhöhung des Soldes der Unteroffiziere die Absicht zu erblicken, sich die Gunst der Armee in ihrem wichtigsten Elemente zu erwerben, um erst in der Zukunft mit dieser Gunst geheime Pläne auszuführen. Wir sind geneigt, diese Gerüchte, obschon sie selbst die Nationalversammlung für den Augenblick ernstlich beunruhigen, für unbegründet und lediglich für das Resultat einiger unvorsichtigen Aeußerungen der Umgebung des Präsidenten der Republik zu halten. Die in den Abtheilungen der Nationalversammlung gestern cirkulirenden Worte eines Ministers: „Die Nationalversammlung ist in der Achtung des Landes verloren, man wird sich ihrer bald entledigen müssen", die als Beleg für die Gerüchte von einem beabsichtigten 18. Brumaire angeführt wurden, scheinen vielmehr die Veranlassung zu demselben gewesen zu sein.

— Der Sozialismus, drückt ein Journal sich aus, ist jetzt die revolutionäre Form der Verwirrungen, welche einer Revolution folgen. Er ist nur ein Stichwort, welches aus einigen kranken Gehirnkammern hervorgegangen ist, an und für sich ohne Bedeutung, ohne Werth in der Philosophie, in der Wissenschaft, in der Literatur. Er ist von den Demagogen ausgebeutet, er ist aus den morastigen Tiefen hervorgegangen, wo die Schlangen nisten. Die Charlatans haben ihn sodann in den Journalen ausgetrommelt, ihn zum Feldgeschrei der Clubs gemacht, und dem Volke zur Schau gestellt, als eine Lockspeise, wie Gewürzkrämer ihre Waare ausstellen. Der Sozialismus muß stets Lärmen und Massen um sich haben. Er schweift durch die Städte, rottet sich auf den öffentlichen Plätzen zusammen; jetzt zieht er über Land, durch die Dörfer, predigt an den Kirchthüren, vorzüglich aber in den Schenkstuben, und gestaltet überall den Styl seiner Reden nach Ort und Publikum. In Paris spie er Gift gegen Gesetz, Ordnung und Macht, und wollte sich der letztern bemächtigen; auf dem Lande reizt er die Gier nach Besitz fremder Güter. So ist sein Treiben überall, und es gilt den Kampf aller Rechtlichen, aller Besitzenden gegen diesen gefährlichen, Gift mischenden Feind.

— Es wird versichert, daß die geheime Gesellschaft der „Rächer" sich neu constituirt hat. Man bemerkt namentlich in Paris eine unruhige Thätigkeit unter den bekannten Anhängern der sozialen Republik. — Andererseits kommen wieder Gerüchte ernster Art über die Absichten der vollziehenden Gewalt gegen die Nationalversammlung und die Verfassung im Umlauf. Das Hauptorgan der legitimistischen Partei hält es sogar für nöthig, heute in Form einer Antwort an die „Patrie" ein Manifest zu erlassen, worin erklärt wird, daß die Rechte mit der Linken, selbst mit den Rothen, gemeinschaftliche Sache machen würde, um die Unabhängigkeit des nationalen Willens gegen gewisse Unternehmungen und Abenteuer zu vertheidigen, deren Zweck die Wiederherstellung des Kaiserthums sei.

— Die Ausgabe, welche durch die Solderhöhung der Unteroffiziere um 20 Centimes täglich entstehen wird, beträgt 1,786,091 Frs. Die Ersparnisse in andern Dingen, welche der Kriegsminister dagegen vorschlägt, betragen 2,023,935 Frs. Die Armee zählt 24,470 Unteroffiziere.

— An der Grenze von Algerien und Marokko sind Unruhen ausgebrochen.

— Der Kardinal Dupont wird, wie versichert wird, sich als außerordentlicher Abgesandter zu Pius IX. begeben, um bei dessen Rückkehr nach Rom die Regierung und das französische Episkopat zu repräsentiren.

Paris, 13. Januar. Der Justiz-Minister hat einer aus den bedeutendsten Rechtskundigen, wie Dupin, Portalis, Barthe, Baroche, Troplony u. s. w., zusammengesetzten Kommission die lange schwebenden Ansprüche der Familie Bonaparte an den Staatsschatz vorgelegt, die von dem Vertrage von Fontainebleau herrühren und sich gegenwärtig auf nicht weniger als 20 Millionen belaufen. Die Restauration, welche den Vertrag von Fontainebleau wegen der darauf folgenden Ereignisse für vernichtet hielt, ließ diese Ansprüche unberücksichtigt. Nach der Juli-Revolution sprach sich der Staatsrath auf die erneuten Reclamationen der Familie Bonaparte befürwortend dafür aus, allein Ludwig Philipp wußte diesen Ansprüchen auszuweichen. Es wird versichert, daß die gegenwärtig mit der Prüfung derselben beauftragte Commission dafür gestimmt ist und daß die Regierung mit nächstem nach eingeholtem Gutachten des Staatsrathes der National-Versammlung einen Gesetzentwurf zur Auszahlung der von Frankreich an die Familie Bonaparte geschuldeten Summen vorlegen wird.

— Das Central-Consistorium der Israeliten hat dem Minister des Unterrichts und der Culte seine Entlassung eingeschickt, weil es eine systematische Bedrückung und Verfolgung der Israeliten Seitens der jetzigen Regierung zu bemerken glaubt.

— Die Zahl der blos hier in Paris durch die Revision der Wahllisten ausgemerzten Wähler beträgt mindestens 50,000, worunter etwa 7000 auf die Vorstadt St. Antoine kommen. Die Zahl der für ganz Paris bis jetzt eingeschriebenen neuen Wähler übersteigt nicht 7000.

— Die gestern Abends zu 93 Fr. 75 Cent. notirte 5prz. Rente hob sich heute zufolge Nichtbestätigung der heute Mittags verbreiteten Gerüchte über Staatsstreiche Louis Napoleons auf 94 Fr. 5 Cent.

— Die französische Flotte hat Ourlac verlassen und wird nach Frankreich zurückkehren.

— Die italienischen und spanischen Posten fehlen.

Italien.

Rom, 1. Januar. „Der Osservatore Romane" berichtet, daß der Papst die Kreirung von 20 Millionen 5prozentiger Obligationen angeordnet habe. Acht Millionen werden sofort durch Vermittelung eines pariser Banquierhauses emittirt. Das erwähnte Handlungshaus wird die 2 Mill., durch welche die römische Bank gegründet wurde, vorschießen und wird überdies die vom Hause Rothschild verweigerte Auszahlung der Rate des letzten Semesters effektuiren. Das Papiergeld würde durch diese Operationen der Circulation entzogen, um die Liquidation der Banca Romana zu erleichtern; worauf sodann eine mit 12 Millionen datirte päpstliche Kommerzial- und Landbank kreirt werden sollte.

Rom, 4. Januar. Die römische Republik giebt von Zeit zu Zeit Lebenszeichen. Ich meine nicht ihre hiesigen Anhänger, welche oft genug, ungestört durch die Nachsicht oder Nachlässigkeit der französischen Polizei, sich kleine Demonstrationen mit Gesängen und Kneipenlärm erlauben, sondern vielmehr diejenige Republik, welche, von hier vertrieben, auch im Auslande noch immer als faktisch und rechtlich bestehend sich ansieht und nur auf die Gelegenheit wartet, um in Rom selbst wieder ihren Sitz aufzuschlagen. — Nach wie vor wird sie repräsentirt durch das Triumvirat, welches Dekrete verfaßt. Neuerdings sollen wieder mehrere Triumvirats-Dekrete hier zirkuliren. Eines derselben ernennt an die Stelle des nach Roms Eroberung ausgetretenen Armellini zum Mitgliede des Triumvirats neben Mazzini und Saffi den in der Zeit der Republik viel genannten Montecchi. Um aber dem Volke zu zeigen, daß man nicht wildes Morden gut heißen, sondern strenge Gerechtigkeit gegen Alle zu üben entschlossen sei, wird in einem andern der Oberst Zambianchi zum Tode verurtheilt. Derselbe hatte in dem Kloster St. Calisto, vom Volke damals das Priester-Schlachthaus genannt, die seiner Zeit öfter erwähnten Ermordungen der Geistlichen geleitet. Schwerlich aber dürfte sich für einen so guten Patrioten ein Dolch finden, deren für jeden Schwarzen immer eine genügende Menge in Bereitschaft ist. Die Beamten der Republik, welche jetzt durch die neue Regierung abgesetzt sind, werden durch ein anderes Edikt getröstet, welches verordnet, daß der Sold aller Angestellten ohne Unterbrechung fortgehe, daß sie also bei dereinstiger Wiederaufrichtung der Republik vollständige Entschädigung zu erwarten haben. Furchtbarer aber und gefährlicher, als diese Dekrete, die man, wenn man will, nur für lächerlich halten mag, ist ein viertes, welches Pius IX. für des Todes würdig erklärt und einen jeden, wer es auch sei, auffordert, diesen Spruch ins Werk zu setzen. Uebrigens muß ich hinzufügen, daß nach Anderen dieses Dekret, das gedruckt in Rom verbreitet sein soll, nicht von der Regierung der Republik, sondern von der Giovine Italia herrührt und statt der Unterschrift der Triumvirn die Mazzinis und Cattabenis, des ehemaligen Mitgliedes der Barrikaden-Kommission, trägt. (D.Ref.)

Treviso, 7. Januar. Seit gestern braust und heult der Sturm und der Schnee fällt so stark, daß er bereits ½ Elle hoch unsere Straßen bedeckt. Seit dem dreißiger Jahre sah man nicht so viel Schnee. Auf den Lagunen können sich die Schiffer zwischen den treibenden Eisschollen kaum Bahn brechen, vielleicht sehen wir diesen Winter den Weg von Mestre über San Sekondo mit Schlitten fahren. Dies wäre übrigens nichts Unerhörtes oder vielmehr Ungesehenes, denn im Jahre 1789 ging man, wie Lombardini in seinem „Sistema idraulico d'Italia" erzählt, und wie noch mancher Greis sich hier erinnert, zwanzig Tage lang zu Fuß von Mestre nach Venedig. Deshalb erhielt auch jenes Jahr den Namen l'anno del ghiaccio (Eis-Jahr.)

Venedig, 10. Januar. Seit dem Jahre 1829 hatten wir hier keinen so hohen Schnee als jetzt. Schon 3 volle Tage arbeitet man, um den Markusplatz vom Schnee zu säubern. Die K. K. Haupt-Montours-Oekonomie-Commission von Verona soll nächstens hierher verlegt werden, wodurch Tausende von Menschen, namentlich Handwerker jeder Gattung, dauernde Beschäftigung finden könnten. Die St. Markus-Bibliothek, unter der Leitung des gelehrten Abbate Valentinelli, ist dem Publikum wieder geöffnet. Doch vernimmt man mit allgemeinem Bedauern, daß das eben so großartige als prachtvolle Patriarchal-Seminarium alla Salute, in welchem die Gymnasial-, philosoph. und theolog. Studien betrieben werden, in eine Kaserne umgewandelt werden soll.

Großbritannien.

London, 10. Januar. „Germanicus" setzt die Publikation seiner „politischen Briefe über Deutschland" fort. Seine heutige Betrachtung gilt der Frage: „Welchen Einfluß kann die Frankfurter Kommission auf deutsche und europäische Politik haben oder erlangen? Zwei wirkliche Mächte sehen wir innerhalb des deutschen Bundes von 46 Millionen. Die erste ist der Zollverein, der seit mehr als 20 Jahren Preußen mit einer Anzahl deutscher Staaten praktisch verbunden hat und noch in diesem Augenblick 30 Millionen Deutsche unter dem leitenden Einfluß Preußens zusammenhält; eine finanzielle und kommerzielle Macht, aber kein politischer Körper im vollen Wortsinn. Die zweite Macht ist die Vereinigung der 27 Staaten, welche sich an Preußen geschlossen haben zum Behufe der Gründung eines engeren Bundesstaats. Diese bilden eine kompakte Gebietsmasse von Memel bis zum Bodensee, von Hamburg bis Belgien, mit 23 Millionen Menschen. Dieser Theil des Bundes, der sich fest aneinanderzuschließen im Begriffe ist, fällt mit dem Zollverein keineswegs zusammen, ist zum Unterschiede von diesem politischer Natur und schließt Einheit in Handel, Schifffahrt und Zollwesen grundsätzlich ein, hat sich jedoch noch nicht völlig realisirt. Sachsen, Würtemberg und Baiern nehmen am Zoll-Bunde Theil, nicht aber am politischen. Im Gegensatz dazu stellen sich mehrere norddeutsche Küstenstaaten in den letzteren, jedoch außerhalb des ersteren. Dennoch setzt die Verfassung, die sie im Grundsatze angenommen haben und die sie gewiß binnen wenigen Wochen ohne wesentliche Modifikationen in Kraft treten lassen werden — wie natürlich, als Hauptpunkt des Bundesstaates die Einheit des Tarifs fest. Wie vereinigt sich dies nun? Wie wird die Stellung dieses Bundesstaats zur österreichischen Monarchie sein, die einen Zollverein für 70 Millionen ausbietet? — Jedermann weiß, nach was die hauptsächlichsten Glieder der deutschen Staatenfamilie trachten: das Haus Habsburg trachtet, sie sämmtlich zu beherrschen, das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit trachtet, Deutschland als einen Bundesstaat zu sehen, und die 4 Königreiche, Sachsen, Hannover, Baiern und Würtemberg, denken vor Allem an ihre dynastische Macht, und was sie ihr dynanastisches Interesse nennen. Die Dinge gestalten sich jedoch mehr nach ihrer innern Triebkraft und Lebensfähigkeit, als nach Wünschen und Hoffnungen Einzelner, seien sie selbst Könige, die sie lenken wollen. Es dürfte deshalb nicht unpassend sein, mit Hülfe der Statistik an die Entscheidung dieser politischen Fragen zu gehen, und dieselbe wird das Hauptthema meines nächsten Berichtes sein."

— Die beiden zur neuen Nordpol-Expedition bestimmten Schiffe „Enterprise" und „Investigator" sind jetzt vollständig ausgebessert und ausgerüstet; sie liegen in Woolwich, um ihre Vorräthe an Bord zu nehmen. Die Schiffe werden diesmal eine bedeutende Menge Schießpulver mitnehmen, dessen man sich zur Sprengung der Eisfelder zu bedienen gedenkt, um sich das zeitraubende Durchsägen zu ersparen. Neulich besuchte der Luftschiffer Lieutenant Gale die beiden Schiffe und soll den Offizieren seine Begleitung und seinen Ballon angeboten haben. Ohne Zweifel würde ein Ballon der Expedition sehr nützlich sein, da er es möglich machen würde, auf Meilen weit das Land mit einem Blicke zu übersehen und freies Fahrwasser zu entdecken. Die Schwierigkeit besteht nur darin, die erforderlichen Apparate und die nothwendige Kohlenmenge zur Gasbereitung für den Ballon mitzuführen.

— Der ehemalige Eisenbahnkönig George Hudson sucht sich jetzt vor den ihm überall drohenden gerichtlichen Verfolgungen durch einen Accord mit den von ihm betrogenen Eisenbahnen zu sichern.

— Der Reisende Moffat soll nördlich vom Cap der guten Hoffnung einen großen See entdeckt haben, in den sich zwei Ströme ergießen.

Vermischte Nachrichten.

Stettin, 17. Januar. Das gegen den Marine-Lieutenant Jachmann erlassene kriegsgerichtliche Erkenntniß wegen Fahrlässigkeit im Dienste (das ist, wegen müßigen Zusehens bei der Wegnahme von 5 Küstenfahrzeugen bei Swinemünde durch den Dänen) ist nun von Sr. Majestät dem Könige bestätigt worden. Derselbe ist verurtheilt zur Abbüßung von 6 Monaten Festungsarrest in Fort-Preußen.

Stralsund, 13. Januar. Ueber die Wahl der Abgeordneten ist man noch nicht vollkommen einig, doch wird es damit keine große Schwierigkeit haben. Man denkt an den Abgeordneten der Nationalversammlung, den hiesigen Gymnasial-Direktor Professor Nizze. Hält die konstitutionelle Partei nur einigermaßen zusammen, so ist gar nicht zu bezweifeln, daß sie ihre Kandidaten in hiesiger Provinz durchbringt. So viel man hört, beabsichtigt man von der Insel Rügen als Kandidaten den Premier-Lieutenant a. D. v. Voigt-Rheetz aufzustellen; man wird aber, um sich durch Spaltungen von der Reaktion nicht schlagen zu lassen, eine Vereinigung treffen, und Rügen wird für den von dem vereinigten Wahlausschuß aufgestellten Kandidaten um so eher stimmen, als man von der parlamentarischen Fähigkeit des Herrn v. Voigt-Rheetz bis jetzt noch keine Proben habe. Die äußerste Rechte in dieser Provinz bemüht sich, den Kammerherrn von Gadow als Abgeordneten durchzubringen. (Const. Z.)

Berliner Börse vom 16. Januar.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5	$106\frac{3}{4}$	—		Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{7}{8}$	—	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{5}{8}$	$88\frac{1}{8}$		Kur- & Nm. do.	$3\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{4}$	—	
Sech. Präm-Sch.	—	$104\frac{1}{2}$	—		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{5}{8}$	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$105\frac{1}{4}$	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	$93\frac{3}{4}$	$92\frac{3}{4}$	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{3}{4}$	—		—				
Grosh. Posen do.	4	—	—		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{2}$	—		And. Gldm. à 5 thl.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	—		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

Russ. Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	$95\frac{1}{4}$	95	
do. b. Hope 3. 4. S.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$81\frac{1}{8}$	—	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	122	—	
do. Stiegl. 2. 4. A.	4	—	—		Hamb. Feuer-Cas.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5. A.	4	$88\frac{3}{4}$	—		do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	$111\frac{1}{4}$	$110\frac{3}{4}$		Holl. 2½ % Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. Schatz O.	4	—	$80\frac{1}{2}$	$\frac{7}{8}$	Kurh. Pr. O. 40 th.	—	$32\frac{3}{4}$	—	
do. do. Cert. L. A.	5	$94\frac{1}{4}$	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	$17\frac{1}{4}$	—		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	$18\frac{1}{2}$	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	$96\frac{1}{2}$	—						

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat $1\frac{1}{2}$ sgr.; frei in's Haus: $2\frac{1}{2}$ sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis 6 pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 14. Donnerstag, den 17. Januar. 1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Bollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiek.

Nachdem nunmehr die Stadt Stettin nebst Grünhof und Kupfermühle städtischen Antheils Behufs der Wahl der Wahlmänner für das Volkshaus des deutschen Parlaments in 29 Bezirke getheilt ist, sind demgemäß die Bezirks- und Abtheilungslisten angefertigt, und zu Jedermanns Einsicht im Sitzungssaale des hiesigen Rathhauses

am 15ten, 16ten, 17ten und 18ten d. M.,

in den Vormittagstunden von 9 bis 1 Uhr und in den Nachmittagsstunden von 3 bis 6 Uhr ausgelegt.

Etwaige Einwendungen gegen die Bezirks- und Abtheilungslisten sind in den gedachten Tagen und Stunden entweder schriftlich bei uns oder zu Protokoll vor unseren Commissarien anzubringen. Auf spätere Reclamationen kann nach Maßgabe der Verordnung vom 26. November und des Reglements vom 4. Dezember v. J. keine Rücksicht genommen werden.

Die Wahl der Wahlmänner findet

am 24sten Januar d. J., Vormittags 9 Uhr,

statt. Die Wähler werden eingeladen, sich dazu bei Vermeidung der Ausschließung pünktlich einzufinden.

Die Nummer und der Umfang jedes Wahlbezirks, die Namen der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter, ingleichen das für jeden Wahlbezirk bestimmte Wahl-Lokal ergiebt die untenstehende Tabelle. Die Wähler wollen auf deren Inhalt genau achten, damit sie nicht durch den Besuch eines unrichtigen Wahllokals sich der Gefahr aussetzen, ihres Stimmrechts verlustig zu gehen.

Stettin, den 12ten Januar 1850. Der Magistrat.

No. des Wahlbezirks	Straßen und Häuser, die zu dem Wahlbezirke gehören	Namen des Wahlvorstehers	Bezeichnung des Lokals des Wahlbezirks	Zahl der Wahlmänner
1	gr. Oderstraße No. 1—22, 61—74. Neuenmarkt No. 23, 24, 949—954. Heumarkt No. 25—29, 38, 39, 45—48. Hagenstraße No. 30—37. Am Bullenthor No. 934—938. 1089—1091. Hackstraße No. 939—942/3.	Stadtrath Sternberg Stellvertreter: Stadtrath Weichardt.	Saal im Rathhause	3
2	Küterstraße No. 40—44. Langebrückstraße No. 75-85. Beutlerstraße No. 86—90, 91—98. Haveling No. 110—115. Heumarkt No. 135, 136. Schuhstraße No. 137, 138. Frauenstraße No. 932, 933. Reifschlägerstraße No. 49—60, 99, 100, 119—134. Splittstraße No. 101—105, 116 bis 118. Königsstraße No. 106—109, 180 bis 182.	Stadtrath Hellwig, Stellvertreter: Medizinal-Assessor Ritter.	Saal der Casino-Gesellschaft im Börsenhause.	3
3	Königsstraße No. 183—187. Schulzenstraße No. 172 — 179, 336—343. Mönchenbrückstraße No. 188—195, 206. Johanniskloster No. 196 — 205, 207—216. Am heil. Geistthore No. 217 bis 229. Rödenberg No. 331. Heilige Geiststraße No. 332—335. An der Mönchenbrücke No. 1181. Rödenberg No. 230—237. Die Kaserne am Schneckenthore No. 226, 227.	Kaufmann Fretzdorff, Stellvertreter: Kaufmann Julius Meister.	Betsaal im Johannis-Kloster.	3
4	Rödenberg No. 238—255. Rosengarten No. 259—277. Kl. Paradeplatz No. 489 495.	General-Consul Lemonius, Stellvertreter: Obergerichts-Assessor Kolbe.	Unterer Saal im Schützenhause.	3
5	Rödenberg No. 318—330. Magazinstraße No. 256—258. Kl. Papenstraße No. 306—317. Rosengarten 291—305. Kuhstraße No. 278—290. An der grünen Schanze No. 1184 bis 1186.	Stadtrath Hessenland, Stellvertreter: Rechtsanwalt Hartmann.	Oberer Saal im Schützenhause.	3
6	Breitestraße No. 344—360, 398 bis 414, 361—372. gr. Papenstraße No. 452—457.	Stadtrath Friedrich, Stellvertreter: Kaufmann Theune.	Logensaal, kl. Domstraße No. 683.	3
7	Breitestraße No. 373—397. Baustraße No. 477—485. Wallstraße No. 486, 487. Kl. Paradeplatz No. 496—499. Paradeplatz No. 488, 500—546.	Major Koehler, Stellvertreter: Kreisgerichts-Calculator Mahn.	Logensaal, gr. Wollweberstraße No. 549.	3
8	gr. Wollweberstraße No. 547 bis 586.	Stadtrath Winkler, Stellvertreter: Medizinal-Rath Dr. Behm.	Saal im Baierschen Hofe, Louisenstraße No. 745.	3
9	Gr. Wollweberstraße No. 587 bis 595. Kl. Wollweberstraße No. 724 bis 729 b. Mönchenstraße No. 458—476, 596 bis 612, 434—438. Neustadt (Haus des Kfm. Haase).	Professor Hering, Stellvertreter: Kreis-Ger.-Rath Brüggemann.	Saal der Friedrich-Wilhelms-Schule.	3
10	Grapengießerstraße No. 157—171, 415—428. Jacobi-Kirchhof No. 439—450, 451. Kohlmarkt No. 154—156, 429 bis 433, 613—622. Roßmarktstraße No. 693 — 695, 762—764. Roßmarkt No. 696—701, 711 bis 715.	Obergerichts-Assessor v. Wietersheim, Stellvertreter: Rechnungs-Rath Ziegler.	Alter Stadtverordneten-Saal im Spritzenhause am Kohlmarkt.	3
11	Roßmarkt No. 716—723, 757 bis 761. Aschgeberstraße No. 702—710. Louisenstraße No. 730—756.	Stadtrath Haacke, Stellvertreter: Hauptmann Freyschmidt.	Saal im Hotel de Prusse Louisenstraße No. 732.	3
12	Königsplatz No. 816—828, einschließlich der Kaserne. Am Königsthor No. 829—831. Gr. Ritterstraße No. 812—815, 832—838, 1178—1180 b. Kl. Domstraße No. 682—692, 765 bis 776, 781—784. Marienplatz No. 777—780. Gr. Domstraße No. 789—799. Bollenstraße No. 680, 681, 785 bis 788.	Bürgermeister Schallehn, Stellvertreter: Appellations-Ger.-Rath Lobedan.	Aula im Gymnasium.	3
13	Gr. Domstraße No. 665—679. Pelzerstraße No. 652—664, 800 bis 807. Kl. Ritterstraße No. 808—811. Oberhalb der Schuhstraße No 623 bis 628. Fuhrstraße No. 629-645.	Stadtrath Dieckhoff, Stellvertreter: Tapezier Koch.	Börsensaal im Börsenhause.	3
14	Schuhstraße No. 139—146, 855 bis 865. Oberhalb der Schuhstraße No. 147 bis 153. Fuhrstraße No. 646—651, 839 bis 854. Alt-Böterberg No. 884—890. Frauenstraße No. 866-876.	Consul Schillow, Stellvertreter: Kanzlei-Rath Pust.	Neues Schauspielhaus auf dem Königsplatz.	3
15	Frauenstraße No. 877-883, 891 bis 931. Neuenmarkt No. 955—958.	Stadtrath Cochoy, Stellvertreter: Tischlermeister Piest.	Saal in der Elisabethschule am Königsplatz No. 823.	3
16	Fischmarkt No. 959. 960, 963, 964, 1081—1084. Aschweberstraße No. 961, 962. Hakenstraße No. 965—970. Pflugstraße No. 980- 983. Hühnerbeinerstraße 944—947, 1085 bis 1088. Neuenmarkt No. 948. Krautmarkt No. 971—979, 1026 bis 1028, 1053—1056. Löcknitzerstraße No. 1029, 1030, 1052. Fischerstraße No. 1032—1044. Kl. Oderstraße 1045—1047.	Kaufmann Ludw. Heinr. Schröder, Stellvertreter: Dr. Bahr.	Saal in der Kaserne am Frauenthore.	3

No. des Wahlbezirks	Straßen und Häuser, die zu dem Wahlbezirke gehören	Namen des Wahlvorstehers	Bezeichnung des Lokals des Wahlbezirks	Zahl der Wahlmänner
17	Kl. Oderstraße No. 1048—1051, 1069—1073. Mittwochstraße No. 1057, 1058, 1074—1080. Neue Tief No. 1059—1068. Am Bollwerk No. 1092—1097. Am Holzbollwerk No 1098—1103. Junkerstraße No. 1104 - 1114.	Stadtrath Görlitz, Stellvertreter: Rendant Toussaint.	Herbergshaus am Krautmarkt No. 1055.	3
18	Junkerstraße No. 1115 - 1118. Baumstraße No. 984—1010. 1016. bis 1024. Nagelstr. No. 1011—1015. 1031. Petersilienstraße No. 1025.	Kaufmann Köhlau, Stellvertreter: Kaufmann Kreßmann.	Früherer Gasthof zur Stadt Copenhagen am Bollwerk.	3
19	Klosterhof No. 1120—1164. Am Holzbollwerk No. 1175. 1176. Am Frauenthor No. 1165—1171. An der grünen Linde No. 1172 bis 1174. Petri-Kirchenplatz No. 1182 a. bis 1183. Die Kaserne am Frauenthore.	Regier.-Rath Bendemann, Stellvertreter: Direktor Jobst.	Saal im Logengarten, Unterwiek No. 34—35.	3
20	Schiffbau-Lastadie No. 1—15. 20 bis 44. Bleichholm No. 16—19.	Inspektor Oldenburg, Stellvertreter: Fischermeister Phil. Jacob.	Saal am Badehause auf dem Haaseschen Holzhofe	3
21	Speicherstraße No. 45—81. Gr. Lastadie No. 216—236 b.	Stadtrath Weinreich, Stellvertreter: Kaufmann Phil. Loewer.	Pommersche Provinzial-Zuckersiedrei, Speicherstraße No. 62.	3
22	Gr. Lastadie No. 237—269.	Zimmermstr. Fischer, Stellvertreter: Partikulier Breidsprecher.	Gertrudschulhaus in der Kirchenstraße.	3
23	Am Parnitz - Thore und auf der Silberwiese No. 270—276. Wallstraße No. 149—164. Gr Lastadie No. 165—190. Ferner das Block-Zollhaus, so wie das Gertrudschulhaus.	Gasthofsbesitzer Wergin, Stellvertreter: Kupferschmiedemstr. Paltzo.	Turnsaal im Johannis-Kloster.	3
24	Kirchenstraße No. 132—148. Gr. Lastadie No. 191—198. Zachariasgang No. 199—201. Gr. Lastadie No. 202—215.	Stadtrath Theel, Stellvertreter: Kaufm. Rohleder.	Saal im Gertrudstift.	3
25	Gr. Lastadie No. 82—84. Zimmerplatz No. 85—88. Pladrinstraße No. 89—111. Am Pladrin No. 112—131.	Stadtr. Wellmann, Stellvertreter: Stadtrath Moritz.	Vereins-Zuckersiederei am Pladdrin No. 117 b.	3
26	Oberwiek No. 1—97 b. (Empfangs-Gebäude.) Silberwiese No. 13. 18. 111 b.	Direktor Zenke, Stellvertreter: Ober-Ingenieur Calebow.	Oekonomie-Gebäude der Kaserne am Schneckenthore.	3
27	Oberwiek No. 97 c. bis 101. 134. 137. 144. Neue Wiek No. 102—119. 120 bis 129. 130—133. 135. 136. 138—143. Fürstenstraße No. 1—4. Piepenwerder.	Maurermstr. Münch, Stellvertreter: Calculator Strieboll.	Oberwiekſches Schulhaus.	3
28	Fortpreußen No. 1—32. Alt-Tornei. Neu-Tornei No. 1—20 a.	Major Lenz, Stellvertreter: Gutsbesitzer Edzardy.	Saal des Gastwirths Kypcke in Alt-Torney.	3
29	Neu-Tornei No. 20 b. bis 41. Friedrichshof. Judenkirchhof. Charlottenthal. Unterwiek No. 1—54 b. Kronhof (Ressource.) Grünhof No. 1—37. Kupfermühle No. 55—63. Petri, Etablissement.	Kreis-Ger.-Rath Klotz, Stellvertreter: Gutsbesitzer Gamp.	Gartensaal d. bürgerlichen Ressource vor dem Königsthore.	4

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Frequenz in der Woche vom 6. Januar bis incl. 12. Januar 1850 auf der Haupt-Bahn: 3781 Personen.

Innere Mission.

Heute Abend öffentlicher Vortrag in der Aula des Gymnasiums vom Predigtamts-Candidat Schwencker.

Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Ich bin Willens, meine Mühle nebst 36 Morgen gutes Land aus freier Hand zu verkaufen oder zu verpachten. Nähere Rücksprache ist zu nehmen bei dem Bäckermeister und Mühlenbesitzer Herrn Daberkow in Colbatz.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Couleurte Seidenstoffe,

als: Changeants in den beliebtesten und schönsten Farbestellungen, Satiné - Changeant, Changeant-Façonné, Gros-Varié und Hellenienne, empfing **direkt aus Lyon** und empfiehlt zu den **billigsten Preisen**

A. Hirschfeld,
Breitestraße No. 345.

Die der Stettiner Dampfbugsirboot-Rhederei zugehörigen, hier befindlichen Fahrzeuge, als:

das Dampfbugsirboot Delphin mit zwei Dampfmaschinen, zusammen von 60 Perdekraft, und der Schooner Kronprinzessin, 91 Lasten groß,

sollen aus freier Hand verkauft werden, und wollen auf den Ankauf Reflektirende sich dieserhalb an das unterzeichnete Comité wenden, wo die Verkaufsbedingungen zu erfahren sind.

Stettin, den 10ten Januar 1850.
Comité der Stettiner Dampfbugsirboot-Rhederei.

Beachtenswerth.

Von der berühmten

Zittauer Creas-Leinewand,

die an **Reellität** und **Haltbarkeit** jedes schlesische Fabrikat übertrifft, habe ich für Stettin und Umgegend ein bedeutendes

Commissions-Lager

erhalten, und verkaufe solche in ganzen und halben Stücken zu **Fabrikpreisen.**

A. Hirschfeld,
Breitestraße No. 345.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Die ergebene Anzeige, daß ich mich als praktischer Arzt und Wundarzt hierselbst niedergelassen habe. Meine Wohnung ist im Hause des Kaufmanns Hrn. Hahn, Küterstraße No. 43.

Dr. Harenberg.

Abraham's tragbare Gehör-Instrumente.
(Porte voie en miniature.)

Taubheit.

Neue Entdeckung eines Gehör-Instruments, welches an Wirksamkeit Alles übertrifft, was bis jetzt zur Erleichterung dieses Uebels in Anwendung gebracht worden ist. Nach dem Ohr gebildet, kaum bemerkbar, indem es nur einen Centimeter Durchmesser hat, wirkt dieses kleine Instrument so bedeutend auf das Gehör, daß das mangelhafteste Organ dadurch seine Thätigkeit wieder erlangt. Die Kranken können wieder an der allgemeinen Unterhaltung Theil nehmen, und auch das Sausen, welches man gewöhnlich verspürt, verschwindet gänzlich. Mit einem Worte bietet diese Entdeckung, in Bezug auf diese schreckliche Krankheit, alle nur möglichen Vortheile dar. Die Instrumente können (der Entfernung unbeschadet) bei franco Einsendung einer Anweisung, nebst gedruckter Gebrauchs-Anweisung, in Silber à 4 Thlr, in vergoldetem Silber à 5 Thlr., und in Gold à 8 Thlr. das Paar verschickt werden. Auf portofreie Anfragen können **zahlreiche Atteste** über die Wirksamkeit des Instruments eingesandt werden. Man beliebe sich zu wenden:

in Aachen an Herrn Abraham, Neupforte No. 885,
in Brüssel (Belgien) an Herrn Abraham, **Rue Neuve St. Justine Nr. 34, Fauburg de Namur.**

Geldverkehr.

Auf ein Wiesengrundstück zum Werthe von mindestens 900 Thlrn. werden 400—500 Thlr. zur ersten und alleinigen Stelle gesucht. Näheres in der Exped. der Norddeutschen Zeitung, Louisenstraße No. 731.

Einpassirte Fremde.

Vom 15. Januar.

Hotel de Prusse. Kaufleute Sauerbeck aus Mannheim, Schmiedell aus Schwerin; Gutsbesitzer von Brockhausen aus Mittelfelde; Graf Moltke a. Behle; Graf Radolinski aus Berlin; Baron v. Wolff aus Berlin; Ingenieur Avenarius aus Petersburg; Kammerjunker v. Sick aus Copenhagen.

Hotel de Russie. Kaufleute Secke aus Berlin, Kreckow aus Garz a. O.; Major Zetteritz a. Breslau; Konsistorialrath Roth aus Cöslin.

Hartwigs Hotel. Kaufleute Tappert, Goldstein, Kerto, Schröder aus Berlin; Gutsbesitzer Landhauß aus Posen.

Hotel du Nord. Kaufleute Gerber aus Berlin, Wilcke aus Frankfurt a. M., Falkenberg a. Coblenz; Gutsbesitzer v. Schuhowski aus Posen; Buchhändler Mangelsdorf aus Königsberg.

Drei Kronen. Kaufleute Götzel aus Glogau, Holländer, Gottschalk, Werner, Elster, Heinemann aus Berlin, Pander aus Posen, Oppenheimer a. Frankfurt a. M., Jacob aus Labes; Lieutenant Müchels aus Posen; Gutsbesitzer Ravenstein a. Alt-Klücken; Prediger Burckhardt, Inspektor Ulkowski a. Mehrow; Tischlermeister Koch aus Berlin.

Getreide-Berichte.

Stettin, 16. Januar.

Weizen, 50—55 Thlr.
Roggen, pro Frühjahr für 82pfünd. $27\frac{1}{6}$—27 Thlr., für 84pfünd. $27\frac{1}{4}$ Thlr. bez.
Gerste, 22—25 Thlr.
Hafer, für 52pfünd. auf Frühjahrs-Lieferung $17\frac{1}{4}$ Thlr. bez.
Erbsen, 30—36 Thlr.

Leinöl, in loco und auf kurze Lieferung $11\frac{1}{2}$ Thlr. mit und ohne Faß, pro Frühjahrs-Abladung $11\frac{1}{3}$ Thlr. incl. Faß bez.

Rüböl, rohes, in loco $12\frac{11}{12}$—$12\frac{3}{4}$ Thlr. ohne und $12\frac{2}{3}$ Thlr. mit Faß, pro Januar $12\frac{3}{4}$ Thlr., pro März—April $12\frac{7}{12}$—$12\frac{1}{3}$ Thlr., pro April—Mai $12\frac{1}{3}$—$12\frac{1}{6}$ Thlr., und pro Juli $11\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt.

Spiritus, roher, pro Frühjahr 24—$24\frac{3}{8}$ %, pro Juni—Juli 23 % bez.

Landmarkt-Preise:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
50 a 52	26 a 29	22 a 23	16 a 18	33 a 34 Thlr.